

Statement zu den Ergebnissen der Afghanistankonferenz in London, 29.01.2010

----- Es gilt das gesprochene Wort ---

Wer Dialog und Versöhnung will entsendet keine Truppen

1. pax christi begrüßt die Initiativen der Londoner Konferenz zur schrittweisen Übertragung der Sicherheitsaufgaben auf einheimische Kräfte, ein Programm zur Wiedereingliederung gemäßigter Taliban, die Verstärkung der Ausbildung von Polizeikräften, die Entsendung von Beobachtern zur Einhaltung der von Präsident Karzai zugesagten Bekämpfung der Korruption im Lande.
2. Wir begrüßen ausdrücklich die Versöhnungsinitiative von Präsident Karzai, mit allen Gruppen den Dialog zu suchen, die Errichtung eines Versöhnungsfonds und die Einberufung einer Loja Dschirga, einer großen Ratsversammlung.
3. Wenn den Worten vom „neue Phase auf dem Weg zu völliger afghanischer Eigenverantwortung“ tatsächlich Taten des nachhaltigen Truppenabzugs der internationalen Gemeinschaft folgen, dann ist dieser Wechsel in der Afghanistanstrategie auch auf den Druck der Öffentlichkeit zurückzuführen, die seit Jahren den militärischen Einsatz als gescheitert ansieht, weil er sinnlos Menschenleben fordert.
4. Es ist nicht einsichtig, dass angesichts dieser veränderten Perspektive die militärischen Einsatzkräfte massiv verstärkt werden. Das ist keine Exit-Strategie. Damit setzt die internationale Gemeinschaft den Prozess der Gewalteskalation fort. Mehr Truppen sind kein Strategiewechsel. Mehr Truppen sind die Fortsetzung der seit neun Jahren betriebenen kontinuierlichen Aufstockung der militärischen Einheiten. Mehr Soldaten heißt im Kern auch mehr Kämpfe und damit noch mehr Tote.
5. Die Ausweitung des militärischen Engagements und Initiativen zur Versöhnung und zum Dialog aber widersprechen sich. In London verabredete Strategiewechsel muss heute durch sichtbare Zeichen des Gewaltverzichts deutlich gemacht werden. Wer Dialog und Versöhnung will entsendet keine Truppen.
6. Die Bundesregierung hat es versäumt, durch eigene Initiativen den Prozess der Versöhnung und des Dialogs zu stärken. Stattdessen erhöht sie das Bundeswehrkontingent um 850 auf nunmehr 5000 Soldaten. Sie muss sich dem Vorwurf gefallen lassen, den Plänen der amerikanischen Befehlshaber in Afghanistan pflichtbewusst nachgekommen zu sein. Da hilft es auch nicht, wenn die Zivile Hilfe um das Doppelte aufgestockt wird.
7. Deutschland verzichtet darauf die eigene historische Identität offensiv in die internationale Debatte einzubringen. Die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands will keinen Krieg führen. Nicht am Hindukusch und nicht anderswo, weil sie in bitteren Erfahrungen in zwei Weltkriegen, die von Deutschland ausgingen, gelernt hat, welches Leid Krieg immer für die Menschen bedeutet.
8. Unsere Forderungen:
 - Truppenabzug jetzt beginnen
 - klare Abgrenzung von OEF
 - Stärkung des zivilen Aufbaus und von Wirtschaftshilfen in ziviler Verantwortung
 - Einbindung der Nachbarstaaten Iran und insbesondere Pakistan in die Befriedung Afghanistans